

## Vertiefte Diskussion um Lehrplan 21 vonnöten

Der Gymnasiallehrer und Historiker René Roca fordert eine vertiefte Diskussion der Bildungsreformen in der Lehrerschaft und in der Bevölkerung. Mit seinen drei Thesen benennt Roca am Beispiel von Basel die Fehlentwicklungen rund um die geplante Einführung des Lehrplans 21.

*Für Roca ist der Lehrplan nur ein weiteres Kapitel in einer andauernden Bildungsmisere, Bild: Basler Zeitung*



### Kritische Thesen zur Einführung des Lehrplans 21 von René Roca

Seit es in der Schweiz die Volksschule gibt, ist der Lehrplan 21 (LP 21) die umfassendste und grundlegendste Reform. Sie geht in eine völlig falsche Richtung und will gemäss OECD-Vorgaben das humanistische Bildungsverständnis ersetzen. Auch nach der Überarbeitung, die im Auftrag der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) stattfand, ändert sich nichts an diesen Einschätzungen.

Nun hat der Erziehungsrat (ER) von Basel-Stadt am 1. Dezember 2014 beschlossen, den Lehrplan 21 ab dem 17. August 2015 in Kraft zu setzen. In einer «Zusatzinformation» stellt der ER fest: «Er [der LP 21] stellt nicht alles auf den Kopf (nur rund 5 bis 10 Prozent ist neu, Wissen ist immer noch wichtig).» Zuerst reibt man sich ob einer solchen Aussage die Augen, dann wird aber bei der Betrachtung der Schullandschaft klar: Vieles, was der neue Lehrplan theoretisch und praktisch beinhaltet, ist schon eingeführt. Die Fokussierung auf die Kompetenzen und der theoretische Ansatz des Konstruktivismus wurden schleichend bereits umgesetzt. Seit 2006 sind die Lehrplanmacher am Werk und kontinuierlich floss die Ideologie in die Schulen ein. Der ER schreibt selber in seiner Medienmitteilung vom 4. Dezember 2014: «Die Lehrmittel in Deutsch, Fremdsprachen und Mathematik passen schon zum neuen Lehrplan 21.» Auch die gesamte Lehrerausbildung ist schon auf die «Kompetenzvermittlung» ausgerichtet, und dies ohne Diskussion und an der Öffentlichkeit vorbei. Im folgenden drei Thesen angesichts einer unhaltbaren Situation.

#### > These 1: Fehlende Vergangenheitsbewältigung

Die letzte grosse Schulreform im Kanton Basel-Stadt ist bis heute nicht kritisch und umfassend aufgearbeitet. Das Erziehungsdepartement (ED) und der Erziehungsrat hängen der bisherigen Bildungsmisere mit der Einführung des neuen Lehrplans lediglich ein neues Kapitel an. Das ED kann so bequem und ohne selbstkritisches Hinterfragen den Scherbenhaufen der letzten Reform entsorgen.

#### > These 2: Fehlende Legitimation des Lehrplans 21

Das Hauptargument der Befürworter des neuen Lehrplans ist die Abstimmung vom 26. Mai 2006 über die neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung. Damit habe die Deutschschweizer EDK einen klaren Auftrag erhalten, den sie nun mit dem LP 21 umgesetzt habe. Aus dem Harmonisierungsauftrag einen Paradigmawechsel, wie ihn der neue Lehrplan darstellt, abzuleiten, ist aber nicht legitim. Zudem wird besonders hervorgehoben, dass die Abstimmung über die neuen Bildungsartikel mit 85,6 Prozent Ja angenommen wurde. Nicht erwähnt wird jeweils, dass die Stimmbeteiligung lediglich 27,8 Prozent betrug.

### **> These 3: Fehlende Diskussion und Mangel an demokratischer Kultur**

Die D-EDK antwortet in einem Papier auf die Frage «Was ist ein Lehrplan?» mit folgender Aussage: «Im Lehrplan wird der bildungspolitisch legitimierte Auftrag der Gesellschaft an die Volksschule erteilt.» Die Gesellschaft sind bekanntlich wir alle. Die D-EDK verhinderte aber eine breite gesellschaftliche Diskussion. Auf Kritik reagierten die Verantwortlichen jeweils dünnhäutig und vermieden mit gezielten Kommunikationsstrategien eine öffentliche Debatte. Anlässlich einer Veranstaltung zum LP 21 im Rahmen der Didacta in Basel herrschte eine gespenstische Atmosphäre. Die Zuhörer durften sich die Schalmeien der EDK-Leute und Anverwandter anhören, ohne Fragerunde und Diskussion. Es war schlicht eine Art «Geisterstunde», wie sie Konrad Paul Liessmann in seinem gleichnamigen Buch beschreibt.

#### **Was tun?**

Nötig wäre endlich eine vertiefte Diskussion der Bildungsreformen in der Lehrerschaft und in der Bevölkerung. Um das einzuleiten, sind bereits Initiativen in zahlreichen Kantonen in Angriff genommen worden. Im Bildungsraum Nordwestschweiz laufen in den Kantonen Solothurn, Aargau und Baselland kritische Diskussionen und kantonale Initiativen sind lanciert. Und in Basel-Stadt? Die Stadtbasler Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen. Insbesondere die Eltern, die mit den Schulreformen schon einschlägige Erfahrungen gesammelt haben, sollten eine kantonale Initiative anstreben, die verhindert, dass der LP 21 eingeführt werden kann.

Basler Zeitung, 16.12.2014